

22. Erweiterte Kammerversammlung

Bericht des Vorsitzenden des Verwaltungsausschusses

Dr. med. Steffen Liebscher

Sehr geehrter Herr Dr. Bonz,
sehr geehrte Herren Präsidenten Dr. Möckel und Prof. Schulze,
liebe Mandatsträger, geehrte Gäste!

Der Bericht des Vorsitzenden des Verwaltungsausschusses wird dieses Jahr geprägt sein von vier wesentli-

chen Inhalten: Zunächst werde ich Entwicklungen in Wirtschaft und Politik besprechen, soweit sie für unsere Arbeit Bedeutung haben. Danach referiere ich Zahlen und Fakten aus dem Versorgungswerk, bevor ich mich schwerpunktmäßig mit der Frage auseinander setzen werde, ob unser Rechnungszins zeitgemäß ist. Am Ende meines Vortrags möchte ich Ihnen den Stand unseres Neubauvorhabens auch anhand einiger Bilder demonstrieren.

Schon im vergangenen Jahr habe ich bei der Ausarbeitung dieses Berichts

geglaubt, ohne Superlative nicht auskommen zu können. Was allerdings seitdem an den Märkten dieser Welt geschehen ist, muss den Vergleich mit der Weltwirtschaftskrise, beginnend im Jahr 1929, nicht scheuen. Der Börsencrash Anfang des neuen Jahrtausends, den wir alle noch gut in Erinnerung haben und der zumindest für uns Ostdeutsche die erste richtige Berührung mit einer der zyklischen Krisen des kapitalistischen Wirtschaftssystem war, erscheint demgegenüber geradezu als Bagatelereignis.



Dr. med. Steffen Liebscher

Nur exemplarisch sollen die Entwicklung an den Rentenmärkten sowie die Abstürze der wichtigsten Aktienindizes gezeigt werden. Selbst Immobilien konnten ihrem Ruf nicht gerecht werden, einen „sicheren Hafen“ darzustellen, ging ja bekanntermaßen die Krise überhaupt erst von der Immobilie als Anlageklasse aus. In der Rückschau muss konstatiert werden, dass es teilweise massive Verluste an den Märkten gab, die von im Verhältnis kleinen Gewinnen in anderen Assets nie kompensiert werden konnten. Dies war vor allem dadurch bedingt, dass die Korrelation zwischen den verschiedenen Anlageklassen sehr hoch war, das heißt, faktisch gab es keinen sicheren oder prosperierenden Markt, in den man hätte investieren können. Das unterscheidet diese Krise von den vorherigen und erklärt das hektische Agieren auf den verschiedenen Ebenen von Wirtschaft und Politik.

Bilanzlöcher ungeahnten Ausmaßes bei eben noch ganz gesunden Unternehmen, Pleiten sogenannter „systemisch wichtiger Institutionen“ vor allem im Bankenbereich, Verstaatlichungen, Rettungspakete seien hier nur stellvertretend genannt. Es ist weder möglich, noch in größerem Umfange nötig, auf diese Entwicklungen im Einzelnen einzugehen.

Was mich aber mehr als bedenklich stimmt, ist zum einen die völlige Uneinigkeit unter den ökonomischen Sachverständigen, was die Pathogenese dieser Krise angeht, zum anderen das derzeit geübte therapeutische Vorgehen. Wenn es möglich ist, dass aus einem der schönsten Wirtschaftsaufschwünge seit Ludwig Erhard binnen Monaten die schwerste Krise seit 80 Jahren wird und niemand hat das kommen sehen, dann muss sich dieses Wirtschaftssystem schon die Frage gefallen lassen, ob es den Menschen, die darin arbeiten und leben müssen, nicht ein wenig viel zumutet.

Nur eine Minderheit wird die Planwirtschaft aus dem real existierenden Sozialismus reanimieren wollen. Was spricht aber gegen Rahmenbedingungen für die Wirtschaft, die engagiertes Wirken für den Geschäftserfolg sowohl bei Eignern wie Angestellten fördern, gleichzeitig aber exzessivem Profitstreben einen Riegel vorschieben. Analysiert man die Anteile von spekulativen Geschäften und Marktmanipulationen am Gesamtmarkt, so haben diese in den letzten Jahren beständig zugenommen. Kaum noch mit Eigenkapital, sondern mit meist viel geliehenem

Geld unterlegte „Deals“ waren an der Tagesordnung und wurden mit immer größerem Hebel und damit Risiko gewagt. Folgerichtig waren es die Banken, die dieses Geld zur Verfügung gestellt hatten, die dann ins Straucheln kamen. Für viele von uns war der Begriff Neoliberalismus in den letzten Jahren nur ein Wort; ich glaube, wir haben in der aktuellen Krise schon sehr deutlich die Auswirkungen entsprechender Politik zu spüren bekommen. Hier sollte die Politik auch wirksam werden, die Gesetzeslage überprüfen und im Sinne einer Förderung echter Wertschöpfung anpassen.

Wirtschaftspolitik erschöpft sich nicht im Verschieben von fremden Milliarden, nämlich dem Geld der Steuerzahler von heute und noch mehr derer in der Zukunft. Wohin dieses Geld im Moment fließt, scheint mir ohnehin unergründlich, nachdem eigentlich jeder um Hilfe ruft. Es zeigt sich, dass die soziale Marktwirtschaft ein fragiles Gebilde ist. Die Gesellschaft muss definieren, ob sie Beiträge zur Stabilisierung leisten will: Das ginge nur über bewusstes Maßhalten, Vermeiden von Blasen und Verminderung von Spekulantentum. Ob dies einen breiten Konsens finden würde und wie es umgesetzt werden könnte in konkrete politische Aktion, das sei dahingestellt.

Wenn Sie jetzt fragen, was das mit uns zu tun hat, muss ich Ihnen sagen: Sehr viel hat das mit Einrichtungen wie der unsrigen zu tun! Wir sind in verschiedenerlei Hinsicht direkt und zwar negativ betroffen. Zuvorderst leiden wir jetzt mit durch die Minderbewertung und den Verfall unserer Kapitalanlagen. Schöne Erfolge der vergangenen Jahre werden zumindest relativiert. Aber auch die Zukunft kann uns noch Probleme bringen: Auf mittelfristige Sicht ist ein Anziehen der Inflation angesichts der massiv ausgeweiteten Staatsverschuldung zumindest denkbar, denn eine Geldentwertung führt am elegantesten zur automatischen Tilgung von Schulden. Kapitalanleger wie wir stehen dabei auf der anderen Seite. Und letztlich ist jeder von uns persönlich betroffen, denn es ist auch



Mandatsträger der Erweiterten Kammerversammlung

für die nächsten Jahrzehnte schwer vorstellbar, dass außer in Jahren vor Bundestagswahlen Steuersenkungen versprochen werden können, da dafür ganz einfach jeglicher Spielraum fehlt.

Fazit: Auch wir sollten uns im Rahmen unserer Möglichkeiten dafür einsetzen, dass spekulativem Agieren mit noch dazu oft fremdem Geld ein Ende gemacht wird.

Ein letztes Wort zur Politik unserer großen Koalition unter dem Stichwort Geschenke: Wenn für 2009 eine Anpassung der Renten im Osten um über 3%, und in den westlichen Bundesländern über 2% verordnet wird, dann hat das mit rationalem Agieren nichts mehr zu tun. Hier werden einmal mehr Wechsel auf die Zukunft ausgestellt. Alle Riester- und sonstigen Faktoren werden ad absurdum geführt und es mutet nur noch heuchlerisch an, wenn man eine Schuldenbremse ab 2020 einzuführen versucht – welcher Politiker von heute wird dann wohl noch an seine Versprechen erinnert werden können. Die Wahl im September wirft jedenfalls ihre Schatten voraus. Ich allerdings habe den Glauben an eine solide Finanzierung der Gesetzlichen Rentenversicherung verloren und werbe umso mehr für unser System: Zwar müssen wir manchmal unangenehme Dinge erklären und Rückschlüsse hinnehmen. Aber wir haben ein ausfinanziertes System, dass sich aktiv den Herausforderungen von Demografie und Kapitalmarkt stellt und nicht den Steuerzahler von morgen mit Schulden überhäuft. Vergessen wir nicht: Altersvorsorge ist Konsumverzicht in der aktiven Phase. Alterssicherungssysteme dürfen aber auch nicht als Wahlkampfinstrumente missbraucht werden! Die Aufzählung von Dingen, die wir noch vor Jahresfrist nicht für möglich gehalten hätten oder deren Vorstellung zumindest einiger Phantasie bedurft hätte, muss unvollständig bleiben.

Stellen wir uns lieber einmal folgende Frage: Welche Art von Nachrichten haben wir im vergangenen Jahr denn nicht gehört? Oder sollte man sagen: Nur keine Nachrichten sind gute Nachrichten?! Jedenfalls,



Dr. med. Steffen Liebscher, Prof. Dr. med. habil. Eberhard Keller und Präsident (v.l.n.r.)

man hat nichts gehört von Versorgungswerken, die in dieser Krise ins Schlingern gekommen wären. Dies ist erst einmal sehr gut zu wissen, demonstriert dies doch die Stabilität unseres Finanzierungsverfahrens. Dieses sogenannte offene Deckungsplanverfahren, welches das Gros der berufsständischen Versorgungseinrichtungen anwendet, verbindet bekanntermaßen die Vorteile von Umlageprinzip und Kapitaldeckung. Daneben aber ist das Ausbleiben negativer Nachrichten in unserem Bereich auch ein Indiz dafür, dass die Verantwortungsträger sowohl in Ehrenamt als auch in den Verwaltungen der 86 Versorgungswerke der Angehörigen der freien Berufe ihrer Verantwortung gegenüber dem Ihnen anvertrauten Geld eher gerecht werden als dies in mancher Bank mit den dort deponierten Beträgen geschehen ist. Ich wünsche mir, dass auch in Zukunft möglichst wenige Nachrichten von der berufsständischen Versorgung kommen mögen, was Sie bitte nicht mit mangelnder Transparenz gleichsetzen wollen.

Ich möchte nunmehr Zahlen aus unserem Versorgungswerk referieren. Vornweg sei es schon mal gesagt: Unsere Lage ist in jeder Hinsicht stabil, wenn wir auch Verluste freilich nicht haben völlig vermeiden können. Aber beginnen wir mit einigen Routineparametern: Wie Sie auf der Darstellung sehen können, sind wir ein weiter wachsendes Versorgungswerk, was sich aus dem anhaltend positiven Saldo zwischen Zu- und Abgängen ergibt. Aktuell haben wir knapp 14.200 Beitragszahler, davon sind

um die 8% Tierärzte. Auch bei diesen Zahlen hier wird sichtbar: Die Medizin wird weiblich!

Immer wieder eindrucksvoll ist das dynamisch wachsende Beitragsaufkommen, wobei die Dynamik nicht nur mit der Zunahme an Mitgliedern erklärt werden kann.

Das Versorgungswerk zahlt mittlerweile auch in nennenswerter Höhe Renten aus, wobei das reguläre Altersruhegeld weit überwiegt.

Das gemeinsame Bemühen von Ehrenamt und Verwaltung, den Anteil des Vermögens gering zu halten, der zur satzungsmäßigen Bestreitung von Aufgaben erforderlich ist, dokumentiert sich im wieder niedrigen Verwaltungskostensatz.

Die folgenden Bilder verschaffen Ihnen einen Überblick über die Vermögensverhältnisse der Sächsischen Ärzteversorgung: Die Darstellung der Relationen der verschiedenen Anlageklassen zueinander zeigt nur bedingt Auswirkungen der Krise: Am ehesten erkennbar wird dies an dem erheblich kleiner gewordenen Engagement in Aktien. Die Tatsache, dass dies nicht zwangsläufig verbunden war mit einer Deinvestition aus den Fonds, hängt unter anderem auch mit unserer erfolgreichen Wertsicherungsstrategie zusammen. In absoluten Zahlen sehen Sie hier, dass wir überwiegend in Papiere investiert sind, deren Ausfallrisiko als gering einzuschätzen ist. Allerdings, es waren auch 10 Mio. EUR aus diesem Segment bei Lehmann Brothers investiert – also nichts ist ganz sicher! Wir müssen Ihnen aber nicht berichten, dass das Geld verloren ist, haben

wir ja wohlweislich nicht in Amerika investiert, sondern bei der deutschen Banktochter, deren Gläubiger vom Einlagensicherungsfonds der privaten deutschen Banken entschädigt wurden, so auch wir. Es zeigt sich aber: Auch nach dieser Krise muss man hinsichtlich des Risikomanagements erneut umdenken!

Fokussieren Sie hier bitte Ihren Blick auf den Vergleich der Krisen dieses Jahrzehnts: Während wir in den Jahren 2001 und 2002 noch vergleichsweise „kalt“ getroffen wurden, hat uns das Katastrophenjahr 2008 fast geschont. Ich freue mich, hier feststellen zu können, dass wir bei allen Problemen, die uns diese Krise bringt, unter den ärztlichen Versorgungswerken mit dem erreichten Zins von 2,39%, der sich nach Abschreibungen versteht, einen ganz vorderen Platz einnehmen. Andere Kapitalanleger waren im vergangenen Jahr oftmals mit einer schwarzen Null sehr zufrieden.

Sie wissen, dass wir neben reichlich 50% sogenannten ganz sicheren Papieren wie zum Beispiel Hypotheken-Pfandbriefen quantitativ ganz wesentlich in unseren Masterfonds investiert haben, dessen Struktur Sie hier sehen. Wir sind dankbar dafür, dass wir uns Ende 2007 entschlossen haben, neben die Fonds mit sogenannten asymmetrischen Konzepten mit einer impliziten Wertsicherung einen Block mit Mandaten zu platzieren, die von einem Overlay quasi vor größeren Verlusten geschützt werden. Ich hatte über die Funktionsweise des Overlays, das wie eine Versicherung wirkt, vergangenes Jahr berichtet. Das hat dazu geführt, dass zwar stille Reserven in durchaus größerem Umfang verloren gegangen sind, was bedauerlich ist und nicht verheimlicht werden soll. Auf der anderen Seite ist es wohl nicht vermessen, wenn ich feststelle, dass reale Verluste in Höhe von 6,8 Mio. EUR in einem Wertpapierfonds mit einer Größe von über 660 Mio. EUR, also 1%!; bei Aktienkursrückgängen um im Schnitt 40% zu der Aussage berechtigen, dass wir verantwortungsvoll mit den uns anvertrauten Geldern umgegangen sind.

Diese Zahlenkolonnen offenbaren das Geheimnis der geringer ausgefallenen Verluste: Sie sehen einen massiven Zugewinn im Overlay-Segment, der die Verluste in anderen Bereichen nahezu aufgefangen hat. Summa Summarum: Unser Ansatz sowohl in Kapitalanlage als auch Versicherungsmathematik ist stabil. Verluste wurden begrenzt. Der Verwaltungsausschuss sieht momentan durchaus auch Chancen, wobei die Erfahrungen der letzten 2 Jahre bereits Auslöser eines Überdenkens verschiedener Aspekte unserer Kapitalanlage sind. In enger Abstimmung mit Aufsichtsausschuss, dem aufsichtführenden Ministerium sowie dem externen Beratungsunternehmen, welches wir beauftragt haben sowie unter Respektierung der gesetzlichen und anderer Vorgaben diskutieren wir bereits heute neue strategische wie taktische Konzepte der Anlage unserer Beiträge zur Sächsischen Ärzteversorgung.

Man könnte nun fragen, was haben wir in der berufsständischen Versorgung denn überhaupt mit dieser Krise zu tun? Oder anders formuliert: Könnten wir als Kapitalanleger nicht jegliches Risiko meiden? Auf der letzten Informationsveranstaltung der Sächsischen Ärzteversorgung hat es ein Kollege so formuliert „Zocken kann ich selber...“, wobei unklar geblieben ist, ob er dies mit direktem Blick auf unser Handeln sagen wollte. Mich hat eine solche Sichtweise sehr berührt, angesprochen gefühlt habe ich mich allerdings nicht wirklich.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, ich möchte Ihnen in der Folge anhand einer Fakten- und Argumentationskette darstellen, warum wir als Alterssicherungseinrichtung, deren Finanzierungsprinzip obligat auch die Kapitalanlage einbezieht, das Geld des Deckungsstocks nicht auf dem Sparbuch oder als Tagesgeld mit bestenfalls 3% Zinsen, oft aber auch nur einem Kupon um 1% belassen können. Um dies möglichst deutlich machen zu können, werde ich die Berechnung zunächst auf ein einzelnes Mitglied herunter brechen und die Versicherungsmathematik in eben noch zulässiger Weise vereinfachen.

Das offene Deckungsplanverfahren trifft folgende Grundannahmen: Die Beiträge eines Mitglieds werden von uns eingesammelt. Ein Teil fließt weiter an ein Mitglied, welches gerade Rentner ist, denn unser System beinhaltet auch Umlageanteile, Deshalb ist es wenigstens teilweise inflationsgeschützt, was ein erheblicher Vorteil gegenüber rein kapitalgedeckten Systemen ist. Ein weiterer großer Teil wird an den Kapitalmärkten rentierlich angelegt. Reduziert wird es lediglich um die Solidaranteile für die Versicherung gegen Berufsunfähigkeit und Hinterbliebenenschutz bei vorzeitigem Tod. Wenn das Mitglied die Fronten hin zum Rentnerdasein wechselt, muss dann ein Geldbetrag zur Verfügung stehen, der nach Versicherungsmathematischen Grundsätzen für die gesamte fernere Lebenszeit die Auszahlung einer Rente entsprechend der erworbenen Anwartschaft gewährleistet. Dieser Betrag wird berechnet als Summe von Umlageanteil und angespartem Teil der Beiträge plus einem Zins über die Jahre von 4%. Dieser Zins ist unser sogenannter Rechnungszins. Da die Anwartschaft des Mitglieds als Betrag unter der Prämisse 4% berechnet wird, muss also der tatsächliche Zins möglichst in jedem Jahr erzielt werden, sonst würden sich bei so langen Laufzeiten von bis zu 40 Jahren bis zum Erreichen des Rentenalters Fehlbeträge zu einer unter Umständen beträchtlichen Lücke in der Bilanz summieren. Umgekehrt formuliert: Bei niedrigerem Zins müsste das Mitglied mehr einzahlen, um auf den gleichen Ausgangsbetrag beim Renteneintritt zu kommen.

Wenn aber 4% als Zielmarke für die Kapitalanlage vorgegeben sind, was ist die Konsequenz für Anleger an Märkten, wo der sogenannte risikolose Zins in den letzten Jahren vielfach darunter lag? Unter risikolosem Zins versteht man die Anlage in Papieren eines stabilen Staatswesens wie also zum Beispiel der Bundesrepublik Deutschland. Wie die Übersicht zeigt, sind auch 4% nicht immer auf diese Weise zu erwirtschaften. Ich will hier gar nicht in die Grundsatzdiskussion einsteigen, wie

sicher Staatsanleihen in solchen Zeiten der extremen Verwerfungen an den Märkten und den teilweise aus meiner Sicht grotesken Hilfsersuchen aus der Wirtschaft an den Staat sind. Immerhin wird in den letzten Wochen der Staatsbankrott sogar von Euroländern, unter anderem Österreich, für möglich gehalten.

Gehen wir nun weiter davon aus, dass es nicht nur Festlegung unserer Satzung, sondern auch quasi-gesellschaftlicher Konsens ist, dass die Beiträge zum Versorgungswerk feststehen, also nicht erhöht werden sollen, dann lassen sich nur zwei Stellschrauben zur Lösung des Problems erkennen: Renten und Anwartschaften werden entsprechend der Entwicklung der Märkte in negative Richtung angepasst. Dies erreicht man durch eine Herabsetzung des Rechnungszinses. Denn wird bei gleichbleibenden Beiträgen das angesparte Geld rechnerisch nur einer Verzinsung von sagen wir 3,5% unterworfen, so muss am Ende der aktiven Zeit eine niedrigere Summe zur Verfügung stehen, als unter den derzeitigen Bedingungen. Solange das zu vermeiden ist, würden wir es gern tun. Ich will aber nicht verschweigen, dass andere Versorgungswerke diesen Weg gehen. Es ist also keine theoretische, sondern eine sehr reale Möglichkeit. Auch sollte man an dieser Stelle erwähnen, dass der sogenannte Garantiezins in der privaten Versicherungswirtschaft nur noch bei 2,25% liegt. Anlagen in private Lebens- oder Rentenversicherungen können, müssen aber nicht höhere Renditen als 2,25% abwerfen. Unser Verwaltungsausschuss hat sich zur Frage des Rechnungszinses wie folgt positioniert: Wir wollen im Interesse unserer Mitglieder den Rechnungszins bei den seit jeher angenommenen 4% halten und unsere Kapitalanlage entsprechend ausrichten. Dazu gehört aber eben auch, und jetzt komme ich zurück zu den Märkten und der Krise, das Eingehen von mehr Risiko als beim Kauf von deutschen Staatsanleihen. Es sei an dieser Stelle auch gleich gesagt: Solches Vorgehen betrachte ich nicht als Zocken. Wir versuchen vielmehr, durch ein wohl abgestimmtes einer-

seits langfristig ausgerichtetes Vorgehen unter andererseits Nutzung von sich bietenden Marktopportunitäten Zusatzserträge zu den risikolosen Erträgen zu generieren. Dies geschieht zum einen durch eine Mischung verschiedener Assets, die ja alle unterschiedliche und spezifische Rendite-Risiko-Profile aufweisen. Daneben wird in den verschiedenen Assetklassen eine ständige Beurteilung der Möglichkeiten der Anlage vorgenommen, um möglichst aktuell vom Markt unterbewertete, also relativ billige Produkte zu erwerben, gleichzeitig aber auch zu schauen, ob es auch eine der relativ seltenen Gelegenheiten gibt, etwas mit Gewinn vor Ablauf der Laufzeit zu verkaufen.

Unsere Einschätzung: Bisher konnten wir damit langfristig gesehen den Rechnungszins von 4% auch in der Zeit der insgesamt niedrigen Zinsen in den letzten 10 Jahren halten und teilweise deutlich überbieten. Wir stehen zu einer Kapitalanlage mit einer wohl ausgewogenen Mischung verschiedener Anlageformen, stellen uns aber gleichzeitig den Anforderungen der kommenden Jahre, indem wir insbesondere die Erfahrungen der aktuellen Krise in unsere Konzepte für die Zukunft einfließen lassen.

Abschließend noch aus einem anderen Blickwinkel als gestern Informationen zu unserem Neubauvorhaben: Gestern ging es in erster Linie um die finanzielle Machbarkeit, heute möchte ich, auch weil nunmehr unsere tierärztlichen Mandatsträger der Sitzung beiwohnen, Sie mit einigen Eckdaten des Projekts bekannt machen, die sich aus der Machbarkeitsstudie, deren Ergebnisse wir in der letzten Sitzung des Verwaltungsausschusses abschließend zur Kenntnis nehmen konnten, ergeben haben. Wir sehen es als unsere Aufgabe und Pflicht an, über den derzeitigen Sachstand in diesem Rahmen zu informieren, wengleich dieser Neubau aus der Sicht der Kapitalanlage als eine ganz normale Immobilie wie in einem unserer Fonds betrachtet wird und deshalb keiner besonderen Gremienzustimmung bedarf.

In unseren Dispositionen sind wir davon ausgegangen, dass wir bei einem Auszug aus dem Kammergebäude für die Geschäftsstelle der Sächsischen Ärzteversorgung in etwa gleiche räumliche Bedingungen schaffen wollen, wie sie bisher vorgefunden wurden. Ähnlich verhielt es sich mit den Räumen für die Filiale der Deutschen Apotheker- und Ärztebank, die allerdings insgesamt eine Erweiterung erfahren sollten, da auch die Bank hier im Hause an ihre Grenzen gestoßen war.

Relativ präzise Angaben des Raumbedarfs ließen dann bei der Machbarkeitsstudie die Konzeption eines Gebäudeentwurfs zu, die selbstverständlich noch keinen Anspruch auf Endgültigkeit erhebt. Die Konkretisierung des Bauvorhabens sowohl planerisch als auch real wird erst in der nun folgenden Ausschreibung und Beauftragung von Firmen erfolgen.

Die Befassung mit dem Thema Raumbedarf führte folgerichtig auch zu einer Analyse unserer Personalstrukturen und es wurde festgestellt, dass mittelfristig keine Erweiterung des bei uns beschäftigten Personenkreises zu planen ist. Neue Aufgaben, neuer Aufwand sollen durch Optimierung von Abläufen, Rationalisierung und weitere Qualifizierung der vorhandenen Mitarbeiter kompensiert werden. Auch deshalb wurden im aktuellen Bauentwurf Reserveflächen nur in geringem Umfang geplant. Moderne Computerprogramme machen es möglich, dass man selbst in einer Phase der Projektprüfung bzw. Erstellung einer Machbarkeitsstudie bereits eine derartige Simulation erstellen kann, und damit bereits eine Vorstellung vom Vorhaben bekommt. Ich kann hier nicht ins Detail gehen, sondern möchte Ihnen exemplarisch Grundrisse von zwei Etagen zeigen und dabei nochmals betonen, dass auch unter dem Aspekt der Minimierung der Kosten eine Flächenoptimierung stattgefunden hat, die es möglich macht, hochwertigen Büroraum zu erschwinglichen Preisen zu errichten.

Sie sehen hier das Erdgeschoß mit gemeinsamem Eingang für die Bank und unsere Mitglieder und Mitarbeiter. Der Publikumsverkehr der Bank

soll sich fast ausnahmslos in diesem Bereich abspielen. Wir gelangen per Treppenhaus oder Fahrstuhl in die 3. oder 4. Etage, wo sich die Räume der Sächsischen Ärzteversorgung befinden werden.

Eine Ansicht des Gebäudes von außen soll Ihnen demonstrieren, dass es uns ein Anliegen war, den Neubau als kleine Schwester der Kammer erscheinen zu lassen. Wir glauben, mit diesen Vorarbeiten bereits den Grundstein gelegt zu haben für ein Gebäude, das unseren Anforderungen und denen unseres Mieters auf absehbare Zeit gerecht werden wird. Zu den Baukosten möchten wir in diesem Rahmen auch wegen der noch laufenden Verhandlungen über den Mietvertrag mit der Deutschen Apotheker- und Ärztebank keine Aussagen treffen. Ich kann aber feststellen, dass die Rentabilität der Immobilie gesichert ist und insbesondere für den vermieteten Teil sich eine Rendite über dem Rechnungszins darstellen lässt.

Hiermit möchte ich meine Ausführungen beenden und hoffe, Sie fühlen sich in ausreichender Weise unterrichtet. Mein Dank geht abschließend an die Mitarbeiter unserer Verwaltung, wobei ich unsere Geschäftsführerin, Frau Thalheim, für ihr besonderes Eintreten für die Sächsische Ärzteversorgung herausheben möchte.

Herzlich danke sage ich auch an alle anderen Mitglieder des Verwaltungsausschusses, deren Arbeit durch hohe Sachlichkeit, ein konstruktiv-kritisches Herangehen und Loyalität im besten Sinne geprägt war.

Bericht des Vorsitzenden des Aufsichtsausschusses

Prof. Dr. med. habil. Eberhard Keller

Sehr geehrter Herr Dr. Bonz! Sehr geehrte Präsidenten! Sehr geehrter Herr Dr. Liebscher!

Meine sehr verehrten Mandatsträgerinnen und Mandatsträger! Sehr geehrte Gäste!

Aus der Verantwortung gegenüber allen Mitgliedern unserer Sächsischen Ärzteversorgung, die sich aus § 4 Absatz 8 unserer Satzung ergibt,

haben sich die Mitglieder des Aufsichtsausschusses intensiv mit der Arbeit und den Beschlüssen des Verwaltungsausschusses beschäftigt. Auf Grund der Teilnahme einzelner Mitglieder des Aufsichtsausschusses an allen Sitzungen des Verwaltungsausschusses konnten wir alle Diskussionen und Beschlüsse hautnah miterleben und in unseren internen Sitzungen diskutieren und bewerten. Die Auswirkungen der Subprime-Krise auf unsere Kapitalanlagen, die auch zu Mitgliedernanfragen führten, wurden von uns wahrgenommen und bewertet. Wir konnten in unseren Einschätzungen feststellen, dass das Vermögen unserer Sächsischen Ärzteversorgung weder durch den Verkauf der Sächsischen Landesbank, noch durch die Insolvenz vieler amerikanischer Banken, wie Lehmann Brothers gefährdet war. Es ließ sich vielmehr feststellen, dass auf Grund der sehr weitsichtigen Strategie des Verwaltungsausschusses, insbesondere durch die Einbeziehung eines Beratungsunternehmens, der alpha portfolio advisors GmbH, die schon seit 2003 für den Verwaltungsausschuss tätig ist und ihn in Fragen der strategischen Asset-Allocation und Risikoüberwachung berät, größere Abschreibungen auf unser Kapitalvermögen in diesem kritischen Jahr 2008 vermieden werden konnten. Auch das Ihnen im Anschluss vorzustellende versicherungsmathematische Gutachten von Herrn Diplommathematiker Hans-Jürgen Knecht wurde von uns intern intensiv studiert und diskutiert. Wir, die Mitglieder des Aufsichtsausschusses stellen fest, dass der im Rechnungsjahr erreichte technische Zins aller unserer Kapitalanlagen 2,32% betrug und damit unter dem angestrebten Rechnungszins von 4% liegt. Dieses Ergebnis wird auch von uns als eine Folge der weltweiten Finanzkrise eingeschätzt. Trotz dieser Entwicklung konnte unser Versorgungswerk einen rechnerischen Überschuss von ca. 105 Mio. EURO erzielen und ist somit in der Lage, eine Dynamisierung aller Renten und Anwartschaften vorzunehmen. Der Aufsichtsausschuss befürwortet auch die Entscheidung des Verwal-



Prof. Dr. med. habil. Eberhard Keller

tungsausschusses einen großen Teil dieses Überschusses für eine Sonderzuführung zur Sicherheitsrücklage zu verwenden, um den satzungsmäßig möglichen Höchstbetrag von 5% der Deckungsrückstellung zu erreichen. Ca. 71 Mio. EURO werden auf neue Rechnung vorgetragen, um für eine weitere negative Kapitalmarktentwicklung gerüstet zu sein. Es zeigt sich auch, dass die von Ihnen auf der vorjährigen Sitzung der Erweiterten Kammerversammlung beschlossene stufenweise Anhebung des Renteneintrittsalters auf 67 Jahre, richtig war. Auf der letzten Sitzung des Aufsichtsausschusses am 28. April 2009, die wir teilweise gemeinsam mit dem Verwaltungsausschuss durchgeführt haben, wurden uns die Prüfungsergebnisse der von uns berufenen Wirtschaftsprüfungsgesellschaft Banschach, Schübel, Brösztel und Partner in Person von Frau Dipl.-Ök. Cornelia Auxel vorgestellt. Wir haben den Bericht intensiv diskutiert und als richtig und zutreffend eingeschätzt. Die gleiche Gesellschaft wurde vom Aufsichtsausschuss für das Rechnungsjahr 2009 bestellt und mit der Wirtschaftsprüfung der Sächsischen Ärzteversorgung beauftragt. Im Verlauf des vergangenen Jahres wurde durch Mitglieder unseres Aufsichtsausschusses die Kapitalanlageleitlinie der Sächsischen Ärzteversorgung in Zusammenarbeit mit Vertretern der Verwaltung überarbeitet, aktualisiert und verabschiedet. Die Ihnen vorgelegten Änderungen unserer Satzung sind aus der Sicht des Aufsichtsausschusses notwendig,

um das Regelwerk der aktuellen rechtlichen Entwicklung anzupassen, Erfahrungen aus dem laufenden Verwaltungshandeln umzusetzen und somit eine rechtssichere Grundlage für das praktische Handeln zu haben. Auch die Neufassung der Ordnung zur Erstattung von Reisekosten, Zahlung von Aufwandsentschädigungen und Sitzungsgeld fand die Zustimmung des Aufsichtsausschusses. Wir, die Mitglieder des Aufsichtsausschusses empfehlen Ihnen, den vorgelegten Entschließungsanträgen und den Satzungsänderungen Ihre Zustimmung zu geben.

Beschlüsse der 22. Erweiterten Kammerversammlung

Beschluss Nr. SÄV 1/22/2009

Rentenbemessungsgrundlage/Rentendynamisierung 2010 (bestätigt)
Wortlaut: „Die Rentenbemessungsgrundlage für das Jahr 2010 beträgt 39.587,00 Euro. Die am 31. Dezember 2009 laufenden Versorgungsleistungen werden zum 01. Januar 2010 mit 0,8% dynamisiert.“

Beschluss Nr. SÄV 2/22/2009

Jahresabschluss 2008 mit Jahresabschlussbilanz und Entlastung der Gremien (bestätigt)
Wortlaut: „Die Tätigkeitsberichte des Verwaltungsausschusses und des Aufsichtsausschusses der Sächsischen Ärzteversorgung 2008 werden bestätigt.“

Der Bericht über die Prüfung für das Rechnungsjahr 2008 wird bestätigt. Dem Verwaltungsausschuss und dem Aufsichtsausschuss der Sächsischen Ärzteversorgung wird Entlastung für das Geschäftsjahr 2008 erteilt.“

Beschluss Nr. SÄV 3/22/2009

Satzungsänderungen (bestätigt)
Die Veröffentlichung der Satzungsänderungen erfolgt gesondert im Mittelteil dieser Ausgabe.

Beschluss Nr. SÄV 4/22/2009

Neufassung der Ordnung zur Erstattung von Reisekosten, Zahlung von Aufwandsentschädigungen und Sitzungsgeld (bestätigt)

Dr. med. Steffen Liebscher
Verwaltungsausschuss
Vorsitzender

Dipl.-Ing. oec. Angela Thalheim
Geschäftsführerin